

Flüchtlinge als Kofferträger?

Die Kontroverse und der mediale Hype um Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd

Von Bernd Sattler

Diesen Artikel schreibe ich als Beteiligter. Unfreiwillig gelangte auch unser örtlicher Asylarbeitskreis zu großer Beachtung und musste Position beziehen. Aus der in einer Notsituation entstandenen Idee am Gmünder Bahnhof wurde ein bundesweites Thema im berühmten Sommerloch.

Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen, möchte ich gleich zu Anfang einschieben, dass unser Arbeitskreis seit mehr als 20 Jahren und bei jeder sich bietenden Gelegenheit einen erleichterten Zugang für Asylbewerber zum Arbeitsmarkt und zu Berufsausbildung einforderte. Doch die Gesetze werden in Berlin gemacht. Auch Projekte, z.B. über den Europäischen Sozialfonds für ein mögliches Qualifizierungsprogramm für Flüchtlinge, waren in der Vergangenheit für uns nicht zu erreichen. Außerdem gibt der Artikel meine persönliche Meinung wieder, denn auch in unserem Arbeitskreis gibt es leicht unterschiedliche Auffassungen.

Aber nun der Reihe nach: Der Gmünder Bahnhof wird barrierefrei ausgebaut. Bis zur Fertigstellung führt eine provisorische Metallbrücke, so hoch wie ein Turm, zu den Gleisen in Richtung Stuttgart. Viele Passagiere, besonders ältere Menschen mit Koffern und Frauen mit Kinderwagen, beklagten sich bei der Bahn und beim Oberbürgermeister wegen des für sie fast unüberwindbaren Hindernisses. Die Bahn teilte mit, dass sie für einen Gepäckservice kein Personal zur Verfügung habe. Oberbürgermeister Richard Arnold (CDU) versprach, Abhilfe zu schaffen.

Es muss gesagt werden, dass sich Oberbürgermeister Arnold seit seinem Amtsantritt mit großer Empathie und Menschlichkeit für die Asylbewer-

ber der Stadt einsetzt und sie immer wieder in die Stadtgemeinschaft mitgenommen hat. Er kennt sehr viele Flüchtlinge persönlich und wird in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) regelrecht geliebt und verehrt. Kurzentschlossen besuchte er die GU und erklärte die Situation. Spontan meldeten sich 9 Männer, überwiegend afrikanischer Herkunft, den Passagieren zu helfen und das Problem am Bahnhof zu lösen. Sie alle hatten Arbeitsverbote, wenn auch aus unterschiedlichen gesetzlichen Begründungen.

Der Start des Hilfsprojektes war am folgenden Montag, es war ein schöner Sommermorgen und alle waren in heiterer Stimmung. Ich war als Vertreter des Asylarbeitskreises kurzfristig ebenfalls dazu eingeladen, weil wir bekanntermaßen in der Vergangenheit die gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten unterstützten (mehr dazu später). Auch der Bahnsprecher war dabei, obwohl die Bahn nur ideeller Partner und nicht Träger im juristischen Sinn nach § 5 AsylbLG sein kann. Dies kann nur die Stadt. Die 9 jungen Männer waren hochmotiviert. Zwei von ihnen nahmen gleich ihre Schicht auf. Die Frauen und älteren Menschen mit schwerem Gepäck reagierten auf das Angebot meistens dankbar und auch gerührt. Die Männer, falls sie gefragt wurden, lehnten die Hilfe freundlich ab und zeigten z.B. auf ihre Armmuskeln. Es gab auch Mischformen, dass Passagierin und Helfer die Reisetasche zusammen trugen oder dass beide je ein Gepäckstück über den Steg trugen. Es kam zu Gesprächen und persönlichen Kontakten, denn die Passagiere hatten nach Ankunft am Bahngleis oft Zeit. Zusammengefasst: Die Passagiere und ihre Helfer waren Menschen aus dem 21. Jahrhundert und keine aus dem 18. oder 19. Jahrhundert.

Als ich am nächsten Abend nach Hause kam, konnte ich auf meinem Anrufbeantworter erah-

nen, was sich zusammenbraute. Ein sogenannter „Shitstorm“ fegte über die Stadt hinweg. Die Facebook-Seiten der Stadtverwaltung und der beiden lokalen Zeitungen wurden überflutet. In Online-Foren war von Rassismus, Kolonialismus und Ausbeutung die Rede. Tausende Reaktionen und Gegenreaktionen schaukelten sich lawinenartig auf, meistens anonym bzw. mit Phantasienamen als Absender, häufig sehr emotional vorgetragen, viele jedoch voller Unterstellungen, Beleidigungen, Spott und beißender Ironie. Der ursprüngliche Zeitungstext wurde vielfach aus dem Zusammenhang gerissen. Existierenden Fotos wurde eine andere Deutung gegeben oder sogar die Fotos mit selbst formulierten Texten und Bildunterschriften versehen. Ein sogenannter „Hype“ inländischer und ausländischer Printmedien, Radio und Fernsehsender setzte gleichzeitig ein. „Massa Arnold“ titelte eine Zeitung, oder „Onkel Toms Hütte in Schwäbisch Gmünd“. „Die Südstaaten haben die Sklaverei wieder eingeführt“, schrieb ein norddeutsches Blatt. Die Bahn zog sich panikartig zurück und stellte bereits am nächsten Tag eigenes Servicepersonal.

Erst als die betroffenen Flüchtlinge in einer Pressekonzferenz selber zu Wort kamen und die Arbeit am Bahnhof verteidigten, den Oberbürgermeister in Schutz nahmen, beruhigte sich die Lage. Gleichzeitig interessierten sich die seriöseren Medien für die Zusammenhänge und berichteten in sachlichem Stil. Die Berichterstattung kippte mehrheitlich in die andere Richtung. Jetzt standen die vermeintlichen Gutmenschen in der Kritik, mit dem Vorwurf der Bevormundung. „Sturm des Irrsinns“, lautete die Überschrift in der Süddeutschen Zeitung. Andere Medien, die zuvor anprangerten, gingen auf Tauchstation. Was die Flüchtlinge sagten, passte vielleicht nicht in ihr Weltbild.

Die Flüchtlinge sagten beispielsweise, dass es für sie ein Privileg gewesen sei, diese Arbeit zu tun, dass sie endlich etwas Nützliches machen konnten und dass sie als Menschen wahrgenommen wurden: „Wir wollten uns einbringen“. Wenn ihnen jetzt die Arbeit wieder genommen würde, geschehe das ganz sicher nicht in der Absicht, ihnen Gutes zu tun: „Und wenn ich nicht arbeiten darf, weil ich schwarz bin, ist das nicht Rassismus?“.

Am nächsten Tag lösten die Flüchtlinge Irritationen aus, denn sie arbeiteten trotz Rückzug der Bahn wieder am Bahnsteig. Sie sagten: „Uns ging es nie um das Geld, wir arbeiten dann eben ehrenamtlich weiter“. Das machten sie mehrere Tage. Es gab Gerüchte über einen bevorstehenden Platzverweis durch die Bahn, aber weil immer wie-

der Medienteams am Bahnhof aufkreuzten, wäre ein solches Vorgehen wohl heikel geworden. Ich persönlich habe Hochachtung vor den beteiligten Flüchtlingen, dass sie weiterhin zu ihrer Meinung standen, denn sie wurden von außerhalb unter Druck gesetzt, andere Aussagen zu machen.

Beim Streit um die Kofferträger tauchen mehrere Fragen auf, z.B.

- verstößt es gegen die „political correctness“, wenn schwarze Menschen freiwillig europäischen Menschen die Koffer tragen?
- Gibt es auch einen positiven Rassismus?
- Wo schlägt wohlmeinende Menschlichkeit in Bevormundung um?
- Fundamentalopposition gegen die Gesetzeslage (Grundsätzliche Ablehnung von gemeinnützigen Arbeitsmöglichkeiten oder Pragmatismus?)
- Ist es besser nichts zu tun?

Wie ich schon schrieb, haben sich unser Asylarbeitskreis, die Stadtverwaltung und die Mitarbeiter des Landratsamtes für den pragmatischen Weg entschieden. Ausschlaggebend war und ist, hautnah und täglich die Not der Menschen in den Unterkünften zu erleben, zu sehen, wie sie nutzlos die Zeit verstreichen lassen müssen, die Langeweile, der Mangel an einer Aufgabe, der Mangel an einer Tagesstruktur, der Mangel an Kontakten zur übrigen Bevölkerung...



25 Jahre Flüchtlingsrat in Baden-Württemberg, herzlichen Glückwunschn.

Wahrlich eine dringend notwendige Institution.. Zum einen, um den Flüchtlingen in Baden-Württemberg eine öffentliche Stimme zu geben, damit auch sie als Teil unserer Gesellschaft überhaupt wahrgenommen werden. Zum anderen erlebte ich den Flüchtlingsrat als gute, verlässliche Informationsquelle. Stark war in meinen Augen der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, wo er konkrete Kampagnen, z.B. zu den verheerenden Bedingungen der Unterbringung von Flüchtlingen initiiert und viele Initiativen vor Ort mit deren Inhalten mobilisieren konnte. Leider ist ihm häufig ein (auch langfristiger) Erfolg nicht vergönnt. Trotzdem hat er nie aufgegeben. Die Bretter, die zu bohren sind, sind auch unter grün-roter Regierung nicht dünner geworden. Deshalb wird der Flüchtlingsrat auch in den nächsten 25 Jahren notwendig sein, wahrscheinlich notwendiger denn je. Manchmal ist mir nur der Flüchtlingsrat angesichts der massiven Verstöße gegen Menschenrechte und Menschenwürde durch deutsche staatliche Stellen zu „zahn“, Aufklärung ist zwar immer wieder wichtig und richtig, aber an einzelnen Punkten mit zivilen Widerstand angesichts des Elendes, dem die Flüchtlinge ausgesetzt sind, die Situation zu zuspitzen, wäre wirklich angebracht. Das ist allerdings nur möglich, wenn er sich auch auf eine breite Basis von Flüchtlingsinitiativen auch stützen kann. So sind wir alle gefordert, den Flüchtlingsrat durch unsere Aktionen stark zu machen.

Happy Birthday!!!!

Ernst-Ludwig Iskenius ehemaliger Leiter von Refugio Villingen-Schwenningen

Im Jahr 2011 versuchten wir in einer Arbeitsgruppe noch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden, jedoch nur für Menschen, die sich freiwillig dafür meldeten. So entstanden ca. 40 Arbeitsmöglichkeiten im Stadtgebiet und der Umgebung, z. B. in Kindergärten, Altenpflegeheimen, Behindertenheimen, im Kinderzeltlager, beim Stadtplanungsamt, bei der städtischen IT-Abteilung, bei der Stadtschreinerei, im Stadtteilzentrum, im städtischen Souveniershop usw.

Ein besonderer Schub war das 850-jährige Stadtjubiläum, bei dem Asylbewerber an der Vorbereitung und der Aufführung der „Staufersaga“ mit über tausend Laienschauspielern mitwirkten. Die Fülle der sozialen Kontakte, die in einem gemeinnützigen Arbeitsverhältnis entstehen, können die ehrenamtlichen Mitarbeiter eines Asylarbeitskreises durch ihre Kontakte zu Flüchtlingen niemals leisten.

Die Bezahlung von nur 1,05 Euro pro Stunde möchte ich nicht verteidigen. Es ist der gesetzlich nach § 5 AsylbLG festgelegte Stundenhöchstlohn, den Asylbewerber erhalten dürfen, ohne dass ihnen das Geld wieder abgezogen wird. Sie dürfen bis maximal 100 Stunden pro Monat arbeiten.

Oft wird nicht gesehen, dass die Aufwandsentschädigung zusätzlich zu den anderen Sozialleistungen gezahlt wird. Ich selber arbeite im Sozialbereich und kenne genügend Kollegen, die ein Vorpraktikum machen, ein Freiwilliges Soziales Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst. Sie haben ein ähnlich niedriges Einkommen.

Für zwei junge Männer, der eine arbeitete bei der Lebenshilfe, der andere in einem kirchlichen Altenpflegeheim, führte die gemeinnützige Arbeit zu einer Aufenthaltserlaubnis durch die Härtefallkommission Baden-Württemberg. Entscheidend waren vermutlich die schriftlichen Zusagen der Dienstgeber, dass sie eine Berufsausbildung bei ihnen beginnen könnten, wenn sie denn eine Arbeitserlaubnis bekämen.

Der Autor:

Bernd Sattler ist aktiv im Arbeitskreis Asyl / Bürgerinitiative gegen Fremdenfeindlichkeit Schwäbisch Gmünd

Bei allen Meinungsverschiedenheiten zu diesen Fragen, denn ich bin mir bewusst, dass nicht alle die gleiche Auffassung teilen können: Etwas Gutes hat der Streit über die Kofferträger und der vermeintliche Skandal doch bewirkt. Das Problem „Arbeitsverbot für Asylbewerber“ ist in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Die überregionalen Zeitungen und Fernsehsender wie SWR, ARD und ZDF haben den Änderungsbedarf

zum Thema gemacht. OB Arnold kam jeweils zu Wort und ist für eine Haltungsänderung gegenüber Flüchtlingen und für ein neues Einwanderungsrecht eingetreten. Er schlug vor, die Frist des Arbeitsverbotes auf 6 Monate zu verkürzen und alle weiteren Einschränkungen abzuschaffen. Ein Beharren an den alten Denkweisen spiegelt nicht mehr die Lebenswirklichkeit vor Ort wider. Weitere Politiker haben sich zu Wort gemeldet. Und erstmals scheint sich eine Mehrheit in der Bevölkerung abzuzeichnen, die für eine Änderung der Asylgesetze aufgeschlossen ist.

Für unseren kleinen Asylarbeitskreis scheint sich auch ein guter Weg aufgemacht zu haben. Mehrere Leute haben sich gemeldet, mit neuen Ideen, wie sie Asylbewerber unterstützen möchten. Eine Idee wurde schon verwirklicht: die gemeinnützige „Stiftung Heiligenbruck“ hat mit sieben Asylbewerbern, davon drei aus dem Kofferträgerprojekt, ein „Honigprojekt“ gestartet. Sie verkauften selbst abgefüllten Honig (aus dem Schwäbischen Wald) in der Fußgängerzone. Der Honig kam bei der Bevölkerung so gut an, dass bereits nach zwei Tagen alle 500 Gläser verkauft waren. Der Erlös und eine Aufstockung durch die Stiftung kam unserem Arbeitskreis Asyl zugute. Es sind 6000,- €!!!

Vielleicht der zukünftige Grundstock an notwendigen Eigenmitteln für ein größeres Weiterbildungs- und Qualifizierungsprojekt für Flüchtlinge? Und auch für den Oberbürgermeister Richard Arnold hat die Geschichte noch ein vorläufiges Happy End: Er wurde von der Londoner Stiftung „City Mayors Foundation“ zum „Bürgermeister des Monats“ gewählt. Er erhielt diese Ehre als erster deutscher Bürgermeister überhaupt. Allerdings sei die Stiftung bereits früher auf ihn aufmerksam geworden, z.B. durch sein Engagement bei der Bewegung „Mayors for Peace“, die sich für eine Welt ohne Atomwaffen und Kriegsangst einsetzt.

Informationen und Dokumentation von Medienberichten: <http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/schwaebisch-gmuend-fluechtlings-als-koffertraeger.html>